



European Fair Trade Association



PRESSEMITTEILUNG

Roodt-sur-Syre, den 9. Dezember 2011

Modernisierung der EU Direktive im öffentlichen Auftragswesen:

Öffentlicher Einkauf – jetzt fair und sozial gestalten

Immer mehr Menschen interessieren sich heute dafür, unter welchen Bedingungen Produkte hergestellt werden. Viele Konsumenten sind bereit, für fair produzierte und gehandelte Waren einen höheren Preis zu zahlen. Nichtregierungsorganisationen machen in Medien auf menschenunwürdige Produktionsbedingungen aufmerksam und drängen auf die Einhaltung international verbindlicher Standards – zum Beispiel auf die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation / International Labour Organization (ILO).

Globalisierung sozial-, umwelt- und menschengerechter zu gestalten ist eines der Hauptanliegen von Fairtrade Lëtzebuerg. Deshalb tritt Fairtrade Letzebuerg für die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards im Beschaffungswesen ein. „Bei der Reform des Vergaberechts geht es uns auch um ein Engagement zum fairen Einkauf“, erklären die Verantwortlichen von Fairtrade Lëtzebuerg. „Darüber hinaus geht es auch darum, international anerkannte Umwelt- und Sozialstandards in öffentliche Ausschreibungen aufzunehmen. Dies müsste für die öffentliche Hand aufgrund ihrer Vorbildfunktion selbstverständlich sein. Es darf in der Praxis nicht nur um die Funktionalität und den Preis gehen – Nachhaltigkeitsaspekte und die Einhaltung von Sozialstandards müssen eine entscheidende Rolle spielen.“

Das Europäische Parlament unterstützt nachhaltige öffentliche Auftragsvergabe

Am 25. Oktober 2011 beschloss das Europäische Parlament mit überwältigender Mehrheit eine Resolution zur Modernisierung der öffentlichen Auftragsvergabe. Behörden dürfen bei Ihren Einkäufen auch berücksichtigen, wie die Produkte hergestellt wurden. Die Resolution fordert auch klarere Regeln für die Integration von Nachhaltigkeit in jeden Schritt des Beschaffungsprozesses.

In seiner Stellungnahme zur Modernisierung der europäischen Politik im Bereich des öffentlichen Auftragswesens hat der Ausschuss für internationalen Handel auch darauf verwiesen, „dass Unternehmen die Beschäftigung von Arbeitnehmern, menschenwürdige Arbeit, die Einhaltung von arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen, ..., die Achtung der Menschenrechte und soziales Engagement beeinflussen und fördern können, wenn ihre Angebote bei Ausschreibungen hohe Standards aufweisen; fordert die Kommission daher auf,

bei der Modernisierung von Abkommen über öffentliche Aufträge diesem Aspekt in ausreichendem Maße Rechnung zu tragen.“

Etwa 18 % des europäischen Bruttoinlandsprodukts (GDP) lassen sich auf öffentliche Ausgaben zurückführen. Die beschlossene Resolution bestätigt, dass es der öffentlichen Hand erlaubt ist, das Kriterium der Nachhaltigkeit in den Entscheidungsprozess bei der Auftragsvergabe mit einfließen zu lassen. Produkte und Dienstleistungen dürfen also auch auf Basis ihrer sozialen und ökologischen Auswirkungen verglichen werden. Wenn Behörden Fairtrade Produkten kaufen möchten, können sie dies offen in der Ausschreibung bekannt geben.

Die Europäische Kommission wird am 21. Dezember 2011 einen Gesetzgebungsvorschlag zur Überprüfung der bestehenden Richtlinien zur öffentlichen Auftragsvergabe der EU herausgeben, der dann vom Ministerrat und vom Parlament beschlossen wird.

Gewisse Punkte müssen noch geklärt werden, etwa wie Nachhaltigkeit in jeden Schritt des Beschaffungsprozesses integriert werden kann.

Luxemburg und sein Regierungsprogramm: Verstärkt auf Produkte des Fairen Handels zurückgreifen

Laut Regierungsprogramm der CSV-LSAP Koalition soll Luxemburg konsequenter in Sachen öffentliche Ausschreibungen und Fair Trade vorgehen. Beim öffentlichen Einkauf soll „*verstärkt auf Produkte des Fairen Handels zurückgegriffen*“ werden.

Möglichkeiten zur Umsetzung vor Ort gibt es genug: Beschaffung von Dienstkleidung (beispielsweise der Polizei) oder Lebensmittel in den Kantinen oder Verwaltungen.

Fairtrade Lëtzebuerg begrüßt dieses Engagement, da somit eine wichtige Forderung von Nichtregierungsorganisationen nach mehr Kohärenz zwischen den verschiedenen Politikbereichen ernst genommen wird. Eine Bestandsaufnahme der Einkaufspolitik der öffentlichen Hand steht jedoch noch immer aus. Diese muss noch erfolgen und dann dafür sorgen, dass diese Ankündigung im Regierungsprogramm zu quantifizierbaren Veränderungen in der Einkaufspolitik des Staates führt.

Nichtsdestotrotz ist die faire Beschaffung schon in einigen Ministerien und auch in mehreren luxemburgischen Gemeinden gelebte Praxis. Bereits 10 „Fairtrade Gemengen“ haben diesen Weg eingeschlagen und sich in diesem Bereich zu ersten Schritten engagiert.